

Arbeitsrecht

(Nr. 08/2009)

Rechtsgebiete: KSchG, AGG

Vorschriften: KSchG § 1, AGG § 1, AGG § 2 Abs. 1 Nr. 3, AGG § 3 Abs. 2
AGG § 2 Abs. 4

Benachteiligung bei Kündigung wegen mangelnder schriftlicher Deutschkenntnisse

Das Landesarbeitsgericht (LAG) Hamm entschied:

Leitsatz:

Ändert der Unternehmer das Anforderungsprofil einer Tätigkeit in der Weise, dass die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift verlangt wird, und ist ein seit langem beschäftigter Arbeitnehmer ausländischer Herkunft nicht in der Lage, die deutsche Sprache so zu erlernen, dass er Arbeitsanweisungen lesen kann, so liegt eine mittelbare Diskriminierung des Arbeitnehmers vor, wenn die Arbeit so organisiert werden kann, dass die schriftliche Sprachbeherrschung nicht erforderlich ist. Die unternehmerische Entscheidung ist wegen Verstoßes gegen § 2 Abs. 1 Nr. 2 AGG unwirksam. Eine hierauf gestützte betriebsbedingte Kündigung erweist sich als sozialwidrig. Dem steht § 2 Abs. 4 AGG nicht entgegen.

Volltext:

http://www.justiz.nrw.de/nrwe/arbgs/hamm/lag_hamm/j2008/16_S...

Urteil des Landesarbeitsgerichts Hamm
vom 17. Juli 2008
Aktenzeichen: 16 Sa 544/08

Verfahrensgang: ArbG Herford, 3 Ca 749/07 vom 30.10.2007
BAG, 2 AZR 764/08

Veröffentlicht:

Quelle: NZA - RR NR. 1/2009 Seite 13

Juraforum

25.02.2009